

Entpolitisierte Abstinenz oder politische Partizipation qua Konsum?

Ausgabe 2014 / 1015
www.diskurs-zeitschrift.de
redaktion@diskurs-zeitschrift.de

Kontakt zum Autor
harald.strauss@hft-stuttgart.de

**Ein Desiderat zur Erforschung politischen
Engagements im Neoliberalismus**

Harald Strauß

Hochschule für Technik Stuttgart, Studiengang KlimaEngineering

Abstract

What is the voter's attitude towards the neoliberalist impregnation of the leading political parties in Germany? The question of the preconditions of active political involvement and participation overlaps with sovereignty itself, in the sense of empowerment on a democratic basis, not only in its structure but based on values that would not contradict its course. Either the observed decrease both of party membership and voter participation is due to a postdemocratic change in the sense of simulative democracy caused by depoliticization in the core of subjectivity (as Blühdorn suggests). The possibility of an apathetic sovereign and a growing distance between expert-driven politics and a less organized people (as Crouch suggests) remains. Or, the public has probably understood the market-driven message of neoliberal politics presenting itself as of no alternative and thus reacts to it with active abandonment and alienation, even more: indifference. The latter case, however, does not imply a total lack of political interest (as several surveys at least in Germany show) but rather makes a strong case for cluelessness and deference to the given economic circumstances. In any case, both lines of argument cast a shadow on the future of political involvement and dedication. This paper discusses a possible approach to investigate the matter by analyzing the programs of Germany political parties in order to show the above mentioned impregnation and formulating the required parts of

such research. In fact, a qualitative instrument to measure the depth of neoliberal attitude in the citizen's mindset is required, as the existing formats to research political attitudes do not provide such an instrument. This is partly due to the lack of a concept that covers the cornerstones of the neoliberal ideology. Within this paper the first conceptual steps towards such an instrument (N-Scale) are taken, mainly focusing on which questions definitely should be part of it. Overall the necessity to conduct further research on this matter reveals itself with regard to the shifting understanding of democracy that is expressed, e.g., in contemporary terms like »market-conform democracy«.

Schlüsselwörter

Neoliberalismus, Partei, Partizipation, Postdemokratie, Wahlbeteiligung

Einleitung

Obwohl es den Anschein hat, dass der Neoliberalismus in Misskredit geraten ist, dürfte eine Bestandsaufnahme der wirtschaftspolitischen Grundannahmen in den Programmen deutscher Parteien eine größere Nähe zu dieser Ideologie zutage fördern, als das Selbstverständnis mancher Akteure vermuten ließe, was nicht zuletzt an der stark beschränkenden Einordnung des Begriffs liegt. In dieser Hinsicht ist eine ausführliche Zitierung der betreffenden Stellen aus den Parteiprogrammen unumgänglich, da andernfalls das Moment der Rhetorik verloren ginge, das eine größere Rolle spielt als die theoretische Triftigkeit der dargelegten Positionen. Um diese tief greifenden Übereinstimmungen der scheinbar verschiedenartigen Programmatiken im neoliberalen Mainstream verstehen zu können, wird zuerst die allgemein Anerkennung des Vorrang des Marktes nachgewiesen und im Detail untersucht. Dies ist notwendig, weil die vermeintliche Unantastbarkeit des Marktgeschehens, konsequent zu Ende gedacht, in eine für die Demokratie paradoxe Situation hinsichtlich des Sinns und der Möglichkeiten politischer Partizipation führt: Wer sich unter den genannten Bedingungen (partei-)politisch interessiert wie engagiert und zugleich die Marktdoktrin akzeptiert, kann eigentlich nur für die Eindämmung, wenn nicht sogar langfristig für die Aufhebung der Parteienpolitik eintreten. Dies wäre historisch-theoretisch zu zeigen. Die radikale Quintessenz dieser Paradoxie lautet: An Stelle des Parteiengzänks möge die Freiheit der Marktteilnehmer treten, die Einhaltung der wirtschaftlichen Spielregeln stifte im gleichen Zuge eine spontane soziale Ordnung, über die der Staat als Wettbewerbshüter wacht. Politisches

Engagement ließe sich, überpointiert formuliert, angesichts solcher Freiheit per se als reaktionärer Rückfall in überkommene Denkmuster brandmarken (Blühdorn 2013, 152). In milderem Licht betrachtet könnte aber auch das allmähliche Ende der Hegemonie des Neoliberalismus in der andauernden ökonomischen Krise auf die Tagesordnung gerückt sein (Schaal und Ritzi 2012, 8). Andererseits konstatiert der in diesem Zusammenhang oft zitierte Mahner Colin Crouch zuletzt die Eigentümlichkeit, dass der Neoliberalismus trotz Krise bislang zu überleben scheint (Crouch 2011).

Als Gegenposition ließe sich formulieren: Wer im Gegenteil daran festhält, die gemeinsamen Angelegenheiten in politischen statt marktwirtschaftlichen Bahnen zu regeln, kommt über kurz oder lang nicht umhin, die Marktdoktrin grundsätzlich in Frage zu stellen – oder verharrt im Selbstwiderspruch. Angesichts der Nähe zu neoliberalen Einstellungen (nicht nur) in der verfassten Politik (wie die spätere Darstellung der Parteiprogramme zeigen wird), sind die Erfolgsaussichten politischer Partizipation und politischen Engagements also erheblich reduziert. Freilich existiert noch die Möglichkeit, den Komplex des politischen Engagements an die Spielräume anzupassen, die der Neoliberalismus bestehen lässt – Charity statt Solidarität, Suppenküche statt Sozialpolitik, Almosen statt garantierte Grundsicherung, alles privater Goodwill anstelle »termitenstaatlicher« Daseinsvorsorge. Diese Formen sind im Ansatz bereits praktisch etabliert, teils im neoliberalen Gepräge, teils jedoch durchaus als politisch-praktische Reaktion dagegen. Die Erfahrung der (wie Systemtheoretiker sagen würden) zunehmenden Ausdifferenzierung der Funktionssysteme zeigt, dass die Reichweite demokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten begrenzt ist, wo die das Gemeinwesen betreffenden Funktionen privatwirtschaftlich geregelt werden. Freilich bleibt die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge, die mit Effizienzsteigerungen bei gleichzeitiger Kostensenkung begründet wird, eingangs eine politische Entscheidung. Diese Entwicklung beruht nicht zuletzt auf widerstreitenden theoretischen Prinzipien, einerseits dem Marginalismus der subjektiven Wertlehre in der ökonomischen Theorie, mit dem versucht wird, die Allokation von Ressourcen zu modellieren und andererseits der kollektiven Wahl solcher Verteilung in demokratischen Prozessen, soweit es die Gemeingüter betrifft (Streek 2011, 7). Es zeigt sich schon an dieser Stelle, dass eine Auseinandersetzung mit ökonomietheoretischen Konzepten zur Klärung der Frage unabdingbar ist, wie die vermeintlich ökonomische Alternativlosigkeit politischer Entscheidungen argumentiert wird – dies soll in diesem Text demonstriert werden, weil die einschlägige Literatur besonders unter dem Stichwort der Postdemokratie dazu keinen Beitrag leistet.

Ferner zeichnet sich ab, dass die alltagspolitische Ergänzung des neoliberalen »Denkstils« (Plehwe und Walpen, 2007, 347-371) der Neokonservatismus ist, dessen Entwicklungen in Europa zwar als »Rechtspopulismus« gebrandmarkt werden, doch

ihrerseits die Begleiterscheinung einer markthörigen Politik anzeigen, wo immer diese harte Einschnitte ins Sozialsystem praktiziert. Neokonservative Positionen – diese Prognose sei gewagt – werden in die Programme der etablierten Parteien zunehmend Eingang finden, denn gemäß der Analogiebildung, welche die Demokratie als Markt betrachtet (Downs 1957, 137), lautet für die Akteure des »politischen Marktes« die Parole: »Never trade against the market.« Systemtheoretisch gesagt, herrscht hier nach Opportunitätsgesichtspunkten Zugzwang, um Macht zu erringen bzw. zu wahren. Allerdings sind systemtheoretische Instrumente nicht geeignet, gerade den Zusammenhang von popularisierten Konzepten ökonomietheoretischer Herkunft und politischer Systembildung zu ergründen.

All diese Erwägungen dienen der Vorverständigung, welche Elemente zur Konstruktion eines Messwerkzeuges, einer »Neoliberalismus-Skala« (N-Skala), zu berücksichtigen wären.

Deutungsbedürftige Demokratieauffassungen

Seit dem Einbruch der weltwirtschaftlichen Wachstumsphase in den 1970er Jahren wird hart daran gearbeitet, den lohnabhängig Beschäftigten in einen selbstverantwortlichen Geschäftspartner, oder: Unternehmers seiner Selbst (Foucault, 2006, 300-302) zu wandeln. Oder in den Worten von Miller und Rose:

»Individuals had to be governed in light of the fact that they each sought to conduct their lives as a kind of enterprise of the self, striving to improve the ›quality of life‹ for themselves and their families through the choices that they took within the marketplace of life.« (Miller und Rose 1995, 455)

Das muss mit einer Veränderung des Selbstverständnisses des Staatsbürgers einhergehen. Dieser erscheint heute weniger an Parteien als an wirtschaftspolitischen Positionen orientiert, insbesondere an solchen, die ihm als Marktteilnehmer und Steuerpflichtigen Vorteile versprechen. Das deckt sich zunächst mit Blühdorns Position. Solche Einstellungen dürften allerdings nur noch schwach für eine aktive politische Partizipation, geschweige denn für ein ehrenamtliches politisches Engagement motivieren. Dennoch: Wie sich Arzheimers Untersuchung entnehmen lässt, bildet »Politikverdrossenheit« keinen belastbaren Erklärungsansatz für als Erlahmen bestimmter Formen der politischen Teilhabe (Arzheimer 2002, 202-204). Ob an die Stelle von Wahlbeteiligung und traditioneller Organisiertheit in Parteien und Gewerkschaften der außerparlamentarisch vernünftig engagierte Bürger tritt und seine Souveränität beweist, ist zumindest mit Blick auf die offen chauvinistischen Massenproteste unter der Fahne der

Anti-Islamisierung und der strukturell antisemitischen Montagsdemonstrationen der jüngsten Zeit erheblich in Zweifel zu ziehen.¹ Souveränität als die Idee der Herrschaft des Volkes scheint hier weniger aufgegeben, wie etwa Crouch in Erläuterung seines Postdemokratie-Konzeptes darlegt (Crouch 2008, 30-32), als in eine Karikatur überführt, weil engagierter Protest nicht per se als demokratisch zu bewerten ist, werden die Ziele solcher Bewegungen in Rechnung gestellt. Insbesondere die Infragestellung von Herrschaft, die Crouch annonciert, lässt sich in solchen Bewegungen, denen es um eine andere Herrschaft geht, nicht erblicken. Zumindest wäre das Konzept des »kritischen Bürgers« in seinen zwei Richtungen der Passivität und Aktivität (Schaal und Ritzi 2012, 21) empirisch in Hinsicht auf ein demokratieförderliches Engagement zu überprüfen.

Insofern heute im Diskurs der Demokratie der funktionierende Markt als Bedingung angesehen wird, gemeinwohlorientierte Umverteilung qua Steuerpolitik praktizieren zu können und den Staat zu legitimieren, ist der Einzelne in Sachen Partizipation und Mitbestimmung primär auf Marktteilnahme und Selbstregulation als Arbeitskraftunternehmer verwiesen (spätestens mit den »Gesetze[n] zur Reform des Arbeitsmarktes« von 2003 bis 2005 kommt diese Aktivierungspolitik zu einem vorläufigen Höhepunkt). Ob dies nun als neoliberale Wende oder tiefgreifender als die Konsequenz der Konstruktion des deutschen Nachkriegsstaates angesehen werden mag – Fakt ist, dass keine der etablierten politischen Akteure basale Änderungsvorschläge an den bestehenden Modalitäten der Reichtumserzeugung und -verteilung unterbreitet. Die derzeitige Ausgestaltung der Position der politischen Mitte propagiert den Status quo als alternativlos. In dieser Hinsicht lässt sich die Abnahme der Beteiligung am politischen Geschehen weniger als ein apolitisches Verhalten, sondern zunächst als eine passive Antwort auf die verfasste Politik deuten, deren Vertreter die Gewohnheit angenommen haben, die ökonomische Prämisse allgegenwärtiger Knappheit als einen Zwang zu interpretieren, der in der Sache begründet sei und somit die normative Kraft des Faktischen erlange. Nicht zu unterschätzen ist auch, dass nachfolgenden Generationen jene Politik der vorgeblichen Alternativlosigkeit als normative Selbstverständlichkeit begegnet, während die Vorangegangenen, die noch mehrheitlich persönliche Wohlstandszuwächse kennengelernt haben, sich dem Programm doch nur widerstrebend fügten. Über den Generationenwechsel dürfte der Common-sense des Wählers, der Wählerin zur Wirtschaft vollends zu den neoliberalen Sachzwangsargumentationen der Politik aufgeschlossen haben. Dabei ist aber offen und klärungsbedürftig, ob das neoliberale Mainstreaming positiv oder negativ empfunden wird.² In diesem

1 Zumindest erscheint die durchaus wahrnehmbare aufgeklärte demokratische Gegenbewegung als reaktiv und schwächer, was allerdings nicht den Schluss erlaubt, sie sei geringer in der Bevölkerung verankert. Dem attackierenden Part eignet stets die größere Präsenz als den Kräften der Abwehr.

2 Im Jahr 2014 gelangte die Untersuchung »Sichtbare Demokratie. Debatten und Fragestunden im

Zusammenhang lässt ein Untersuchungsergebnis aus einer durch das Allensbach-Institut 2013 im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchgeführten repräsentativen Befragung unter 20-34jährigen aufhorchen:

»Kritischer betrachten viele Jüngere die politischen Entscheidungen: 55 Prozent der 20- bis 34-Jährigen haben den Eindruck, dass die eher langfristigen Interessen ihrer Generation von der Politik nicht ausreichend berücksichtigt werden. Befunde aus anderen Umfragen deuten darauf hin, dass es bei dieser Frage nicht etwa Meinungsverschiedenheiten zwischen Jüngeren und Älteren, sondern weitgehende Übereinstimmung gibt.« (BMFSFJ 2013, o. S.)³

Die angekündigte Begriffsarbeit an den Grundlagen einer möglichen Messung der Signifikanz neoliberaler Denkweisen bedarf einer systematischen Selbstverständigung. Um besser verstehen zu können, wie der Topos »Wirtschaft« in das Verhältnis des Einzelnen zum Handlungsfeld Politik hineinspielt, ist es sinnvoll, sich zunächst vier basale Komplexe zu vergegenwärtigen: 1. Was bedeutet Ökonomie als Reproduktionszusammenhang einer Gesellschaft? 2. In welchem Verhältnis stehen Markt und Staat unter neoliberaler Perspektive? 3. Wie lauten die zentralen Annahmen der neoklassischen Wirtschaftstheorie, auf denen die ökonomische Expertise des Neoliberalismus fußt? 4. Welche politischen Koalitionen sind im Neoliberalismus möglich? Der daran anschließende Abschnitt präsentiert zum Beleg ausführlich die einschlägigen Stellen aus den Parteiprogrammen und gestattet die vergleichende Lektüre, im Zuge derer die Leserin sich selbst ein Bild davon machen kann, ob die hier vorgetragene Diskussion triftig ist oder nicht.

Da sich insbesondere die Mittelposition, die Blühdorns Ausführung des postdemokratischen Prozesses im Anschluss an Sheldon Wolin und Ronald Inglehart zwischen Demokratieoptimismus und -pessimismus kennzeichnet, als anschlussfähigste erweist, soll zum Schluss das politische Angebot und die Nachfrage in der »Simulativen Demokratie« im Lichte der vorangegangenen Ergebnisse diskutiert werden. Das besondere Problem, auf das die zukünftige quantitative Forschung zu reagieren hat, besteht nämlich möglicherweise darin, dass die Simulation durchaus als »Demokratie« selbst verstanden wird. Auch dies hätte eine Messung neoliberaler Denkungsarten zu berücksichtigen.⁴ Ohne die Ausarbeitung eines entsprechenden Instruments zur Messung

Deutschen Bundestag« der (neoliberalen) Bertelsmann Stiftung u. a. zu dem Ergebnis, dass nur etwa ein Viertel der Befragten überhaupt ein Debattenthema des Bundestages aus der jüngsten Zeit in Erinnerung zurufen vermochte – in einem Befragungszeitraum, in dem die aktuelle Haushaltsdebatte medial gut repräsentiert gewesen war (Hierlemann und Sieberer 2014, 24-25).

³ Solchen Fragestellungen in größeren zeitlichen Horizonten stehen wiederum kurzfristige Befunde etwa zur »Regierungszufriedenheit« gegenüber. Im Juli 2015 bewerteten 57 % der Befragten einer Infratest-Dimap-Untersuchung die Arbeit der Regierung im positiven Bereich, 42 % im negativen. (Infratest-Dimap 2015, 11).

⁴ Dies bedeutete nämlich, dass abgesehen von dem in den Befragungen bekannten Phänomen der

der Wahrnehmung und persönlichen (Nicht-)Übereinstimmung des wahlberechtigten Bürgers reflektieren die theoretischen Beiträge zur Entwicklung der Demokratie in letzter Instanz eher die subjektive Einschätzung der Theoretiker als den Zustand der Demokratie. Kurz gesagt: Die Ahnung steht im Raum, dass sprichwörtlich etwas faul ist im Staate Dänemark, doch lässt sich nicht eindeutig entscheiden, ob die ökonomietheoretisch-ideologischen Grundlagen der Parteienprogramme auch weitestgehend geteilt werden, oder ob sich eher eine stumme Opposition formiert.

1. Arbeitsteilung, Produktivkraftentwicklung und das Kommune

Das Postulat jeglicher humaner Organisationsform ist *Arbeitsteilung*. Eine fortschreitende Differenzierung der Arbeitsteilung hat im Mindesten zwei gravierende Folgen: erstens die Differenzierung der Lebensgestaltung und zweitens die der Bedürfnisse bzw. der Ansprüche an die jeweilige Lebensgestaltung. Motor dieser Prozesse ist die Fortentwicklung der Produktivkräfte (intellektuelle, kulturelle und technische Ressourcen) einer Gesellschaft, deren Grenzen dann offenkundig werden, wenn sie auftretende Probleme nicht adäquat zu beantworten vermag. Aktuell und prominent dürfte auf lange Zeit die politisch mittlerweile breit getragene Forderung eines nachhaltigen Wirtschaftens sein (siehe z. B. den Jahresbericht der Bundesregierung Merkel-Westerwelle 2009/10), das zugleich dem Mechanismus des Wachstums verpflichtet bleibt (siehe z. B. das Wachstumsbeschleunigungsgesetz der Bundesregierung vom 22.12.2009). Gleiches gilt in bevölkerungspolitischer Perspektive für den Umgang mit Transfer-Empfängern, deren Bemühungen von der Arbeitsmarktsituation wie den Lohnniveaus konterkariert werden.⁵

Aus dem hohen Stand der Produktivkraftentwicklung und Arbeitsteilung resultiert eine irreversible wechselseitige Abhängigkeit. Die Verwirklichung einzelner Interessen ist umso stärker auf das gemeinsame Zusammenspiel verwiesen, je mehr sich die *Produktivkraftentwicklung* differenziert. Kurz gesagt: Jeder ist so stark wie nie zuvor auf den anderen angewiesen und demgemäß haben alle hohen Koordinierungsbedarf. Dieser objektive – nicht normativ hergeleitete – Zusammenhang sei hier unter dem Begriff des *Kommunen* zusammengefasst. Produktion und Distribution sind die Kerndimensionen, um die ein großer Teil der politischen Auseinandersetzungen kreist, offen oder verdeckt. Auch wenn sich nicht alle Themen politischen Engagements darauf reduzieren lassen, durchdringen diese Elemente als zwingende Voraussetzung die verschiedenen Kontexte

»sozialen Erwünschtheit«, die die Antworten verfälschen, ein tiefer gehender Bias besteht, bei dem die intendierte Bedeutung der Fragen sich nicht mit der Interpretation durch die Befragten deckt. Interviewer und Proband sprächen dann aneinander vorbei.

⁵ Von 2007 bis 2014 ist der Anteil der Erwerbstätigen in der Gesamtheit aller erwerbsfähigen ALG II-Empfänger von 23,1 % auf 29,4 % gestiegen. Seit Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes zeichnen sich rückläufige Tendenzen ab (Institut Arbeit und Qualifikation Universität Duisburg-Essen 2015, 2).

der politischen Teilhabe und Mitbestimmung – zumeist in der limitierenden Weise der »Machbarkeit«.

2. Legitimation des Staates durch Marktwirtschaft

»Man muss,« wie Ludwig Erhard in seiner Rede vom 21. April 1948 vor der Vollversammlung des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes ausführt,

»sowohl die Anarchie als auch den Termitenstaat vermeiden, denn nur ein Staat, der zugleich die Freiheit und Verantwortlichkeit der Bürger begründet, kann berechtigterweise im Namen des Volkes sprechen.« (zit. n. Stützel 1981, 40)

Die ungewöhnliche Wortwahl vom »Termitenstaat« erweist einem der Doyens des Neoliberalismus, Wilhelm Röpke, direkte Reverenz. Röpke verwendete den Begriff 1944 in »Civitas Humana« synonym zum »Kollektivismus« – und das zielte nicht alleine auf die Wirtschaftsweise der Sowjetunion, sondern vielmehr auf ein prinzipielles Verhältnis von Staat und Gesellschaft. Im frühen Neoliberalismus drehte sich die Konfrontation nicht um eine Entgegensetzung »Freiheit oder Sozialismus«, sondern um die Rolle und Legitimation des Staates, nachdem der Anti-Etatismus den traditionellen Liberalismus in die Wirkungslosigkeit versetzt hatte. Die Auseinandersetzungen um diese Frage verliefen von Anfang an kontrovers (Walpen 2004, 57). Das plurale Spektrum umfasst einerseits Vertreter jenes Liberalismus, die dem Staat eine reduzierte Rolle zubilligen, insofern dem Markt eine Unvereinbarkeit mit dem Staat eigne. Die europäische Version des neoliberalen Projekts bemüht sich dagegen, diese Unvereinbarkeit staatsseitig mit dem Ziel einer übersichtlichen Staatsfunktion aufzuheben, die am ehesten als Gewährleistung und Vermeidung von Interventionismus zu beschreiben ist. Die radikale Ablehnung der staatlichen Intervention zur Behebung sozialer Ungleichheit bedeute den schleichenden Übergang zum Sozialismus, der bereits von Lippmann (Lippmann 1934, 24) nicht nur dem Faschismus gleichgesetzt wurde, sogar Roosevelts »New Deal« wurde in diese Gleichung einbezogen (Walpen 2004, 51). Eine »Road to Serfdom« also, wie Hayek 1944 titelte. Walter Lippmann stellt seinerseits in »The Method of Freedom« 1934 nicht nur die Planwirtschaft allein, sondern auch die physiokratische Parole des Laissez-faire zur Disposition, was den Blick auf die Staatsfrage lenkt:

»Representative government, as it has developed under laissez-faire in most countries, is incompatible with a state which accepts responsibility for the economy as a whole. But the method of free collectivism goes to the base of those disorders which commonly make democracy irresponsible. By this

method political and economic liberty can, I believe, be made secure. Is there any other? It is impossible to go back to laissez-faire and the neutral state.«
(Lippmann 1934, 111)

Lippmanns Schrift »The Good Society« von 1937 markiert im krisengeschüttelten liberalistischen Milieu einen Wendepunkt, weniger dem Inhalt des Textes als seiner historischen Inkubation wegen. Mit Reprise der Themen aus Mises' »Die Gemeinwirtschaft« (1932) sowie Hayeks »Collectivist Economic Planning« (1935) entfaltet Lippmann eine Mischung aus apokalyptischer Darstellung des kollektivistischen staatlichen Handelns und eschatologischer Predigt der individuellen Freiheit (Walpen 2004, 54). Um das Ereignis dieses Buches wird sich im August 1938 eine internationale Schar liberaler Theoretiker zum »Colloque Walter Lippmann« in Paris einfinden und in eine Diskussion zur Reanimierung des Liberalismus eintreten, hier wird der Begriff »Neoliberalismus« positiv besetzt (Walpen 2007, 60). Rüstow und Röpke melden in ihrem Eröffnungsbeitrag den Bedarf einer Neuorientierung der Gesellschaftswissenschaften an, in dem sich deutlich die Hinwendung zu einem prinzipiellen Verfahren der Regierungskunst abzeichnet, die sich der »Vitalsituation« der Menschen (Walpen 2004, 58) zuwenden soll, anstatt in der Hauptsache auf den Marktmechanismus zu vertrauen, wie Mises und Hayek argumentieren. Diese Differenzen in der zentralen Frage der Regierungsaufgabe verleihen dem Begriff Neoliberalismus einen dissonanten Klang. Plehwe und Walpen (Plehwe und Walpen, 2007, 347-371) bieten daher für eine sinnhafte Erfassung von Neoliberalismus den Begriff des »Denkstils« auf, den sie sogleich in Absetzung zu Flecks (1935) Bestimmung mit Rückgriff auf Mannheim (1922) erweitern.

»In dieser Perspektive umfasste der neoliberale Denkstil den Markt, das Konkurrenzprinzip und das Preissystem als jene Stilelemente, die zur Auflösung von Problemstellungen führen.« (Plehwe und Walpen 2007, 362)

Eine Zwischenbilanz und ein erster Vorschlag zur Einlösung des Desiderats einer N-Skala: Für die hier behandelte Frage, ob politisches Engagement mit der Verwirklichung neoliberaler Elemente aus Sicht des Souveräns obsolet geworden ist oder sich aber ein neues politisches Selbstverständnis abzeichnet, bietet die Klammer des Denkstils Vorteile. Ohne sich einer spezifischen Richtung im neoliberalen Chor widmen zu müssen, wären rund um die Themen »Markt«, »Konkurrenz« und »Preis« resp. »Kosten« in einer ersten Stufe leitfadengestützte Interviews denkbar, denen Aussagen zur Bildung einer N-Skala abzugewinnen sind. Zum Kontrast: Die Messung des »politischen Interesses«, wie etwa im Zuge der »Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften« (ALLBUS) vermag keinen Einblick in die politischen Vorstellungen dieses (übrigens zwischen 1998 und 2010 gestiegenen) Interesses zu geben (vgl. Schaal und Ritzi 2012, 20-21). Unter

Anwendung eines entsprechend neu konzeptionierten Werkzeugs ließe sich die Verankerung neoliberaler Elemente im Denken quer durch die sozialen Milieus (z. B. Sinus-Modell) messen, selbst bei jenen, die den Begriff in pejorativer Absicht gebrauchen. Die Kontinuität dieses Denkstils besteht vor allem in einer neoklassisch geprägten Vorstellung von Ökonomie.⁶ Vor diesem Hintergrund wäre z. B. die festgestellte mehrheitliche Befürwortung von Reformen näher zu untersuchen (Neugebauer 2007, 111). Als mutmaßlicher Gegenpol zur neoklassischen fungieren keynesianische und arbeitswerttheoretische Auffassungen. Andere Varianten würden aufgrund mangelnder traditioneller Verankerung kaum eine Rolle spielen. Hier dürfte die größte Schwierigkeit des Unterfangens liegen: Die Kompetenz der Forscher, die verschiedenen Motive in der Analyse des Materials unterscheiden und den jeweiligen ökonomietheoretischen Prämissen zuordnen zu können. Symptomatisch für die Diskussion um weiter gefasste theoretische Klammern in der sich fortlaufend spezialisierenden politischen Theorie ist die Leerstelle des Ökonomischen, das als Objekt und nicht als Baustein einer solchen Makrotheorie behandelt wird. So fülle Schaal und Ritzi zufolge Crouchs Konzept der Postdemokratie »die beklagenswerte Vakanz eines Ansatzes«, der es an kritischer gesellschaftstheoretischer Perspektive zu gebrechen scheint (Schaal und Ritzi 2012, 23). Doch fehlt in ihrer Aufzählung der Eigenschaften des gesuchten politiktheoretischen Erklärungsansatzes eben die ökonomietheoretische Dimension.

Unter anderem käme es darauf an, die landläufige Zuordnung des Terminus »Neoliberalismus« an wirtschaftsnahe Parteienkreise, liberale politische Parteien, Arbeitgeberorganisationen oder Think Tanks unberücksichtigt zu lassen und »Neoliberalismus« auf einer höheren Ebene als Verhältnis von Staat und Gesellschaft zu denken. Das Neue dieses Verhältnisses besteht etwa Foucault zufolge darin, »die Legitimität des Staats auf die garantierte Ausübung einer wirtschaftlichen Freiheit« zu gründen, »eine ständige Genealogie des Staats im Ausgang von der Institution der Wirtschaft« (Foucault 2006, 124). Die Pointe dabei ist, dass Wirtschaft als Legitimität stiftende Institution die Individuen als Marktteilnehmer in die Funktion transponiert, im Zuge ihrer wirtschaftlichen Handlungen zugleich einen impliziten politischen Konsens zu erzeugen. »Das bedeutet«, wie Foucault zusammenfasst,

»daß die Zustimmung zu diesem liberalen System als Nebenprodukt neben der juridischen Legitimation den Konsens, den permanenten Konsens erzeugt, und das Wirtschaftswachstum, die Produktion des Wohlstands durch dieses Wachstum erzeugt als Spiegelbild zur Genealogie Wirtschaftsinstitution/Staat eine Bewegung von der Institution der Wirtschaft zur globalen Zustimmung der

⁶ Die roheste Form des Wohlstands-Chauvinismus begegnet zuletzt in der Diskussion um den politischen Umgang mit den derzeit relativ steigenden Flüchtlingszahlen.

Bevölkerung zu ihrer Ordnung und ihrem System.« (Foucault 2006, 124-125)

Nach dem Sieg der Alliierten über den nationalsozialistischen Staat besteht die spezifisch deutsche Konstellation darin, in einem Nicht-Staat einen wirtschaftlichen Freiraum zu organisieren (Foucault 2006, 127). Charakteristisch für den neoliberalen Denkstil sind Wendungen wie jene im von Leonhard Miksch formulierten »Gesetz über Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform« von 24. Juni 1948, das die Rolle des Wirtschaftsrates als Hüter des Wettbewerbs in Vorwegnahme der Funktionsweise und Legitimation des kommenden Staates beschreibt:

»Soweit der Staat den Verkehr mit Waren und Leistungen nicht regelt, ist dem Grundsatz des Leistungswettbewerbs Geltung zu verschaffen. Bilden sich wirtschaftliche Monopole, so sind sie zu beseitigen und bis dahin staatlicher Aufsicht zu unterstellen.« (Leitsatz III, zit. n. Erhard 1964, 160-161)

Kennzeichnend ist das Ineinandergreifen quasi-staatlicher Regulierungsansprüche an immer jenen Stellen, die ein bestimmtes Marktgeschehen behindern könnten, wie das Ungleichgewicht, die Monopolbildung oder die Schwächung bestimmter Marktteilnehmer. Der Neoliberalismus teilt die Frage des klassischen Liberalismus, wie Handelsfreiheit gegen den (feudalen) Staat durchzusetzen ist, sowenig wie dessen Marktverständnis. Der Markt sei nicht das Spiel von Äquivalenzen, wesentlich sei vielmehr die Ungleichheit, die für alle gleich sei, der Wettbewerb der Marktteilnehmer (Foucault 2006, 172-173). Damit wird der ökonomische Mechanismus als sozial strukturierendes Moment zum Bestandteil von Regierungstechnik; das Moment der Äquivalenz ist, anders als Foucault argumentiert, darin enthalten, es gehört jedoch der Schnittmenge von Wirtschaftswissenschaft und Rule-of-law an.⁷ Der Primat der Wettbewerbsfreiheit fügt sich in die wiederkehrende neoliberale Kritik an der parlamentarischen Demokratie. So befürwortete Hayek, der wie alle neoliberalen Theoretiker den kollektivistischen, totalitären Staat ablehnte, gleichwohl den autoritären Staat (Plehwe und Walpen, 2007, 357).

Der Markt zieht seine legitimierende Kraft gegenüber dem Staat aus der Deutung des Kaufaktes als demokratischer Willensäußerung. Im Gründungsprotokoll des Colloque Walter Lippmann von 1939 findet sich die aufschlussreiche Formulierung von der »Volksabstimmung der Preise«. (Walpen 2004, 60) Insbesondere Rougiers Beitrag zu diesem Kolloquium bestimmt das progressive Moment des Liberalismus als fortgesetzte Anpassung der Rechtsordnung an die wissenschaftlichen Entdeckungen und den Fortschritt der wirtschaftlichen Organisation:

⁷ Nämlich in Form des Lohnes, dessen Aushandlung durch rechtlich gleichgestellte Personen eine Äquivalenz festschreibt, die sich mit den ökonomischen Grenzkosten decken soll. In dieser Schnittmenge aus Rechtstheorie und Ökonomietheorie tauchen diverse Gleichgewichtsvorstellungen auf.

»Wir begreifen heute besser als die großen Klassiker, worin eine wirklich liberale Wirtschaft besteht. Es ist eine Wirtschaft, die einem zweifachen Schiedsgericht unterliegt: dem spontanen Schiedsgericht der Konsumenten, die durch ihren Geschmack den Ausschlag bei den Gütern und Dienstleistungen geben, die ihnen auf dem Markt angeboten werden, und zwar durch den Volksentscheid der Preise, und dem vom Staat vorbereiteten Schiedsgericht, das die Freiheit, die Pflichttreue und die Effizienz der Märkte gewährleistet.«
(zit. n. Foucault 2006, 228-229)

Die strukturelle Verschiebung demokratischer Prozeduren in die technische Sphäre des Marktes findet sich gleichlautend bei Franz Böhm, christdemokratischer Wirtschaftstheoretiker und Mitbegründer des Periodikums der Freiburger Schule »Ordo«. Er bezeichnet Marktgesetze als

»eine tägliche und stündliche plebiszitäre Demokratie, ein das ganze Jahr hindurch vom Morgen bis in die Nacht währendes Volksreferendum, die technisch idealste [sic!] Erscheinungsform von Demokratie, die überhaupt existiert.« (zit. n. Lieber 2007, 393)

Die Sprache, in welcher die Demokratie sich qua Markt äußert, ist der Preis. Der gewissermaßen stotterfreie Markt ist der eines (imaginären) Gleichgewichts, das nicht mit egalitärem Ausgleich zu verwechseln ist. Die Neoliberalen projizieren, wie Foucault in seiner sechsten Vorlesung betont, den Markt als Spiel der Wirtschaft

»mit eben den ungleichen Wirkungen, die es mit sich bringt, eine Art von allgemeinem Regelungsfaktor der Gesellschaft [...], dem offensichtlich jedermann nachgeben und sich fügen muss.« (Foucault, 2006, 203)

Wo sich nun Wähler für Einschnitte ins soziale Sicherungssystem mobilisieren lassen (das ist die o. g. »Reformbereitschaft«, die den alten wohlfahrtsstaatlichen, einhegenden Sinn des Reformbegriffs in sein Gegenteil verkehrt), insbesondere vermöge der Appellation an das Empfinden von Ungerechtigkeit, wäre dies unter dem genannten Aspekt der »Wettbewerbspräferenz« zu betrachten. Andere Motive, wie Neid, Missgunst und »Sozialdarwinismus« sind dagegen zweitrangig, weil die »Wettbewerbspräferenz« im Gegensatz zu individuellen Empfindlichkeiten ein gesellschaftlich strukturierendes Moment ist.

3. Neoklassik im Grundriss

Um die wirtschaftstheoretische Grundierung des neoliberalen Denkstils zu verstehen und im Zuge weiterer Untersuchungen durchgängige und widersprechende Momente in den Motivationen politischen Engagements und politischer Partizipation erkennen zu können, müssen im Grundzug folgende Theoriestücke begriffen werden: a) der grundlegende Unterschied zwischen objektiver und subjektiver Wertlehre, b) die Gleichgewichtstheorie des Marktes und ihr Rationalitätskonzept und c) die Mechanik des Marginalismus im Verbund mit dem Paradigma der Angebotsorientierung. Keynesianische Motive werden hier – um den Rahmen zu wahren – nicht berücksichtigt.

a) Objektive und subjektive Wertlehre

Unter der historischen Bedingung, dass eine Klasse von Menschen gebildet wird, indem das Gemeineigentum, die Allmende, gewaltsam aufgelöst wird und als einziger Besitz die individuelle Arbeitsbefähigung verbleibt, tritt Arbeitskraft als Ware auf, die von Kapitalbesitzern als Input gekauft und verwendet wird. Die Besonderheit dieses Inputs besteht in dem Unterschied, dass die Arbeitskraft den Kapitalbesitzer weniger kostet als die gesamte Arbeit ihm einbringt, weil sie mehr dinglichen Output erzeugt als sie zu ihrer physischen Wiederherstellung bedarf, worauf – kurz gesagt – die Bildung eines Mehrwerts beruht.⁸ Die Preisbildung ist an die Produktionssphäre gekoppelt, demgegenüber der Markt als Distributionssphäre den Ort der Wertaktualisierung, jedoch keinen der Wertschöpfung darstellt. Soweit zur objektiven Wertlehre.

Bezogen die »Klassiker« und ihr prominenter Kritiker die Wertbildung auf Arbeitskraft und Naturressourcen, vertraten gegen Ende des 19. Jahrhunderts Menger (1871), Jevons (1871) und Walras, der Jüngere (1874), die Linie einer subjektivistischen Begründung und entwickelten unabhängig voneinander je ihre Version einer Grenznutzentheorie.⁹ In der subjektiven Wertlehre sind die Preise gekoppelt an das individuelle Bedürfnis; im Kreuzungspunkt von Angebot und Nachfrage verkörpere sich gewissermaßen der Nutzenkalkül des Einzelnen, der seine begrenzten monetären Ressourcen auf verschiedene Güter verteilt. Dieser Modus der Preisbildung erstreckte sich auf alle Güter, also auch auf die Produktionsfaktoren. Dies markiert den entscheidenden Unterschied zur objektiven Wertlehre, weil die besondere Stellung der Arbeitskraft als prominenter Faktor, der Neuwert im Produktionsprozess schöpft, verschwindet. Mithin ist die Verbindung zum Begriff des Mehrwerts und der entsprechenden Theorie der Aneignung gekappt. Arbeit ohne die Differenzierung zur Arbeitskraft, fungiert in der subjektiven Wertlehre als

⁸ Die Struktur des Arbeitsvertrags lässt diese Differenz von Arbeit und Arbeitskraft nicht erkennen.

⁹ Allen ging Heinrich Gossens Entwicklung des gleichen Zusammenhangs – auch unerkant – vorweg.

Produktionsfaktor, der sich nicht von den anderen Faktoren unterscheidet – die subjektive Wertlehre verlegt den Akt der Wertschöpfung von der Produktions- in die Zirkulationssphäre, den Markt. Dieser Punkt ist wiederum für die Erforschung der Einstellungen zum politischen Engagement wichtig, weil der Unterschied zwischen objektiver und subjektiver Wertauffassung für die Selbstbeschreibung abhängig Beschäftigter wie ihrer Interessenvertretungen einen Unterschied ums Ganze macht: Während auf dem Standpunkt der objektiven Wertlehre die politischen Auseinandersetzungen um die Größe des zu schöpfenden Mehrprodukts und nicht zuletzt seiner gemeinnützigen Anwendung kreisen sollten, ist das aus dem Blickwinkel der subjektivistischen Position ausgeschlossen, weil weder eine Differenz von Arbeit und Arbeitskraft noch ein klar definiertes Mehrprodukt existieren. Der Ruf nach besseren Arbeitsbedingungen und höherer Entlohnung wird ausschließlich als normative Forderung verstanden und ist damit den von der Gegenseite eingebrachten Sachzwang-Argumenten strukturell unterlegen.¹⁰ Auf dem Weg zur Bildung einer N-Skala wäre der normativen Einfärbung von Aussagen also ebenfalls besondere Beachtung zu schenken.

b) Gleichgewichtstheorie des Marktes

Der bereits erwähnte Léon Walras tritt, anknüpfend an die Prämisse der »rareté« (Knappheit) mit seiner Theorie des allgemeinen Gleichgewichts hervor, »in dem sämtliche Angebots- und Nachfragepläne der Unternehmen und Haushalte übereinstimmen« (Haslinger 1982, 226) – das sog. »Walras-Gesetz«. Hierin steckt u. a. der Kern für jene – nach wie vor – in den Wirtschaftswissenschaften (siehe z. B. Mankiw 1998, 390 und 472-473) gehegte Annahme rationaler Wirtschaftssubjekte, die über das Marktgeschehen komplett im Bilde seien und Veränderungen von Angebot und Nachfrage für ihre eigene Kalkulation vorwegzunehmen vermöchten.¹¹ In den 1950er Jahren hatte Herbert Alexander Simon das Konzept der »bounded rationality« (eingeschränkte Rationalität) vorgestellt, welches dem Umstand Rechnung trägt, dass dem Einzelnen weder alle Informationen zur Verfügung stehen, noch die Lebenszeit und die Kenntnis hinreichen würden, darauf auch nur die geringste Entscheidung zu gründen. Der Punkt ist, dass die (widerlegte) Prämisse der rationalen Erwartung auch in Bezug auf die persönliche Arbeitsbiografie gelten soll. Für die Erstellung einer N-Skala wäre der Aspekt zu beachten, auf welche Weise dieses

¹⁰ Die Zuweisung wirtschaftspolitischer Kompetenz ans konservativ-liberale Parteienspektrum kann in diesem Licht gesehen werden: Diese profilieren sich im Parteienwettbewerb als »Realisten«, die nüchtern von der Sache her zu argumentieren scheinen, während arbeitnehmernahe Positionen als »idealistische« erscheinen, deren Forderungen letztlich mit dem Makel der Undurchführbarkeit behaftet werden. Innerhalb einer Partei wiederholt sich dieses Schema, begriffsprägend sind in dieser Hinsicht die Grünen mit der mittlerweile nur mehr historischen Spaltung in sog. »Realos« und »Fundis«.

¹¹ Eine Annahme, die nicht alleine von der Neoklassik, sondern auch vom Neokeynesianismus geteilt wird.

Gebot, sich als Homo oeconomicus zu verstehen, aufgenommen wird.

c) Grenzproduktivitäts-Theorem und Angebotsorientierung

Ganz im Zeichen der »Marginalistischen Revolution« (eine Weichenstellung in den Wirtschaftswissenschaften um die Jahrhundertwende zum 20. Jahrhunderts) steht die neoklassische Produktionsfunktion: Jeder Einheit eines Inputs entspricht ein Output, das »marginal product«, das Grenzprodukt. Das Grenzprodukt nimmt mit jeder zusätzlichen Einheit bis zu einem Input-Output-Verhältnis ab, zu dem eine weitere Einheit Input genau den Output erbringt, der die Kosten decken soll. Bemerkenswert ist, dass diese Produktionsfunktion die technisch-stoffliche Dimension der Produktion und die monetäre Sphäre miteinander verquickt bzw. Kosten von Stoffprozessen ableitet – ein Kategorienfehler. Die Frage nach der Begründung des Übergangs von der technischen zur monetären Sphäre war Gegenstand historischer Debatten und wurde eigentlich zuungunsten des Marginalismus entschieden. Dennoch findet sich in den einschlägigen Lehrbüchern weiterhin die Behauptung, dass »die Faktorpreise dem Grenzprodukt der Produktionsfaktoren entsprechen« (Mankiw 1998, 62). Untersuchungsrelevant für eine N-Skala ist die darauf gegründete Annahme, dass der Arbeitsmarkt dem Modell gemäß wie jeder andere Gütermarkt funktioniert: Eine steigende Nachfrage bewirke die Erhöhung des Preises der Arbeit, höhere Löhne resultieren in einer abnehmenden Nachfrage aufseiten der Kapitalbesitzer. Der (potenzielle) Arbeitnehmer sei seinerseits vor die Wahl gestellt, zu entscheiden, ob ihm die Aufnahme von Arbeit größeren Grenznutzen verspricht als die Wahrnehmung von Freizeit. Das optimale Lohnniveau sei also markiert im Schnittpunkt von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage. Arbeitslosigkeit – bis auf eine zugestandene friktionelle – sei Ergebnis der freien Entscheidung, seine Arbeitskraft entweder zum optimalen Preis zu verkaufen oder Freizeit vorzuziehen. Vorherrschend ist die Auffassung, dass jedes Angebot einen Abnehmer findet, sobald der Anbieter seinen Preis senkt. Dieses sog. Say'sche Theorem hält in den wirtschaftspolitischen Debatten nach, die zum Ziel haben, einerseits durch Senkung der Arbeitskosten wie andererseits durch Hebung der »Arbeitsanreize« Beschäftigung zu generieren.¹² In das Design einer N-Skala sind dementsprechend Zustimmung wie Ablehnung dieses Nexus zu integrieren.

4. Politische Koalitionen im Neoliberalismus

Aus der Rolle des Staates, den Wettbewerb zu realisieren, ergibt sich die Zweitrangigkeit, wenn nicht geradezu Schädlichkeit demokratischer Verfahren für das Unternehmen der

¹² Das Rationale der Agenda-Gesetze schöpft aus dieser Quelle.

Freiheit. Freiheit und Demokratie sind in diesem Denken entkoppelt. Zugleich hat der Rechtsstaat Bestand, denn Wirtschaft gilt als ökonomisch-rechtliche »Gesamtheit von geregelten Aktivitäten« (Foucault 2006, 243). Folglich ist das Prinzip des Rechtsstaats in der neoliberalen Denkungsart keineswegs auf demokratische Verfahrensweisen festgelegt – alternativ ist eine Neubestimmung von Demokratie ohne Gewährleistung von Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum nicht abwegig. So propagieren rechtskonservative Kreise – etwa im Umfeld der »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« oder der AfD – Beschränkungen bzw. einen Entzug des Wahlrechts jener Einkommensschichten, die auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind. (Adam 2006/Vaubel 2007). Demokratie kommt mit dem Diskurs der neoklassisch bestimmten Ökonomie immer dann in Konflikt, wenn die Politik – mithin auch das individuelle Engagement – auf einen sozial befriedenden Interessenausgleich abzielt. Sie stehe damit in Konkurrenz zum Markt als dem Ort, auf dem der Interessenausgleich qua Kaufvertrag besiegelt werden soll und unterlaufe die Forderung Hayeks, der Rechtsstaat möge sich auf die formale Gewährleistung des Wettbewerbs beschränken (Foucault 2006, 242-243).

Die politische Agenda des Neoliberalismus hält dementsprechende Antworten bereit. In der angelsächsischen Linie dominierte das Bündnis mit dem Neokonservatismus. In West-Europa formte sich unter dem Widerstand einer anderen politischen Tradition der »Rheinische Kapitalismus« zum mehrheitsfähigen Ideal. Die Tendenz der Wähler, dem konservativ-liberalen Lager die größere wirtschaftspolitische Kompetenz zuzuschreiben, hält sich allerdings auch hier bisher ungebrochen. Diese Rollenbestimmung von Demokratie und Rechtsstaat ist nicht in beliebige politische Konstellationen übersetzbar, denn den politischen Lagern werden in einer »Perlen-Heuristik« (Gigerenzer 2008, 153-155) von links nach rechts pauschal bestimmte Positionen zugeschrieben. Diese Zuschreibung ist eine bedeutende Orientierung politischen Engagements, die zudem der »bounded rationality« Rechnung trägt. Ausgeschlossen wäre demnach, dass Parteien im sozialdemokratischen Spektrum imstande sind, Wähler von der eigenen »neoliberalen Kompetenz« zu überzeugen. Die Geschichte des 1999 verkündeten »Dritten Weges«, den Hombach (SPD) und Mandelson (Labour) ihren Parteichefs zur EU-Parlamentswahl schrieben (Schröder-Blair-Papier) wie auch der gegenwärtige Umgang mit der Erbschaft der »Agenda 2010«, zeigen recht deutlich, dass der Nimbus des konservativ-liberalen Lagers, der bessere Haushälter und Hüter der Freiheit zu sein, Bestand hat (solange die Krisenanfälligkeit der Ökonomie dem keinen Strich durch die Rechnung macht). In diesem Zusammenhang aufschlussreich ist Dahrendorfs (1999) Kritik am Schröder-Blair-Papier als autoritär, elitärer, gar hegelianisch und die Freiheit gefährdend. Dies belegt die eingangs aufgestellte These vom Vorrang des Begriffs »Markt« im neoliberalen Denkstil. Was den Primat der Wirtschaft bedrohen könnte, liegt von dieser Warte aus gesehen im

nichtfreiheitlichen Spektrum, der Terminus »Freiheit« sticht dabei u. U. den der Demokratie aus. Auf dieser Grundlage funktioniert die Koalition des neoliberalen Denkstils mit dem (Neo-)Konservatismus. Die gegenwärtige Entwicklung in Europa, die in den Medien wenig erklärungskräftig als »Rechtspopulismus« beschrieben wird, wäre in dieser Perspektive zu betrachten. Zu untersuchen wäre, welche Elemente des neoliberalen Denkstils im Gewand affekt-gesteuerter Parolen in politisches Engagement münden. Demgegenüber stünde allerdings ebenfalls zur Untersuchung, inwieweit staatliche Regulation der Reichumsverteilung (noch) einen Motivationsfaktor für politische Partizipation und politisches Engagement darstellt. An der Klärung dieser Frage würde sich entscheiden, wie groß die Schnittmenge des neoliberalen Diskurses mit dem landläufigen Bewusstsein über Wirtschaft und Gesellschaft tatsächlich ist.

Vergleichende Lektüre der Parteiprogramme

Eine begriffliche Analyse der Parteiprogramme der in Deutschland derzeit stärksten Parteien CDU/CSU, SPD und Bündnis 90 – Die Grünen zeigt, dass diese trotz ihrer programmatischen Unterschiede relevante Schnittmengen mit den Tropen des neoliberalen Diskurses haben. Wenn nun von »dem« neoliberalen Diskurs die Rede ist, ist einzuräumen, dass damit der »Neoliberalismus im Plural« (Walpen 2004, 62) adressiert wird, denn innerhalb des neoliberalen Diskursspektrums existierte stets eine große Bandbreite gegensätzlicher Positionen: Allein die Frage der Rolle des Staates bot historisch reichlich Munition erbitterter ideologischer Grabenkämpfe zwischen Hauptgang und Dessert am Mont Pèlerin. Demnach bildet eine gewisse Grundschwingung, eine Menge allgemeiner Items der neoliberalen Nomenklatura, den Maßstab zur Bemessung. Dazu zählt erstens das Verhältnis des Staates als ermöglichendes, beförderndes, Rechtssicherheit schaffendes Gebilde im Dienste des Marktes, die Vorrangigkeit der marktwirtschaftlichen Organisation der Ökonomie.

Zweitens artikuliert sich dementsprechend der Wille zur Reduktion einer (vorgeblich) überbordenden Staatsfunktion in der Anregung und Verteilung gesellschaftlichen Reichtums.

Besonderes Augenmerk verlangt drittens das Bild, das die Parteiprogramme von ihren Adressaten, den »Bürgern« zeichnen und welches Verhältnis die potenziellen Regierungsparteien zu den Regierten anstreben. Hier ist ein Sensorium zu entwickeln, das einen mehrdimensionalen Widerspruch der neoliberalen Auffassung des Verhältnisses zwischen Bürger, Staat und Markt in den Programmen zu registrieren fähig ist. Der Widerspruch lässt sich folgendermaßen skizzieren: Im Neoliberalismus stehen staatliche Strukturen im Verdacht, die Freiheit des Einzelnen durch Bevormundung einzuschränken;

ökonomische Strukturen werden dagegen positiv konnotiert, solange die Rule-of-law eingehalten wird. Damit ist zum einen das grundsätzliche Problem der Verselbstständigung und der unbeabsichtigten Nebenfolgen intentionalen Handelns (systemtheoretisch: der Ausdifferenzierung von Funktionssystemen) ausgeblendet oder zumindest oberflächlich aufgefasst. Das lässt sich zuspitzen auf den Widerspruch zwischen der Absicht zur Nicht-Repräsentation und der politischen Repräsentation einer Anhängerschaft solcher Politik. Anders formuliert: Das (vollendete) System des Marktes benötigt eigentlich nicht länger Parteien der politischen Repräsentation. »Liberalisierung« bedeute nicht notwendig Abschaffung der Repräsentation, mag der denkbare Einwand lauten – was aber »Liberalisierung« gegenüber Repräsentation bedeutet bzw. wie sich Repräsentation gegenüber dem Leitbild »Liberalisierung« legitimiert, bleibt offen. Diese theoretische Unausgegorenheit eröffnet übrigens überhaupt erst die Bandbreite zwischen libertären und ordoliberalen Auffassungen innerhalb des neoliberalen Spektrums.

Mit Blick auf den mutmaßlich zwingenden Opportunismus der berufspolitischen Akteure bzw. des Codes des (wiederum systemtheoretisch formuliert) »Subsystems« Politik ließe sich argumentieren, dass das Misstrauen der Bürger gegen den Staat die Parteien in die Zwickmühle bringt, einerseits »auf der Seite der Bürger« zu stehen, andererseits objektiv die Herrschaft über den politischen Teil der staatlichen Steuerung anzustreben – wofür sie ja die Stimmen der Wahlberechtigten benötigen. Die programmatische Verlegenheitsformel ist dann zwangsläufig die »Reform« staatlicher Strukturen, die damit aber eben nur andere werden – der o. g. Widerspruch wird nur neu eingekleidet. Wann immer in einem Parteiprogramm also vom »Vater Staat« die Rede ist, dürften diese Ambivalenzen nicht weit sein.¹³

Viertens ist das Verständnis von Ökonomie als grundlegende Matrix aller vorangegangenen Auffassungen zu konturieren; dies beinhaltet eine These, deren Triftigkeit fairerweise jeweils zu prüfen ist: Dass alle genannten Parteien ihre wirtschaftstheoretische Auffassung (soweit da von Theorie gesprochen werden kann) aus den Prämissen des ökonomietheoretischen Mainstreams, der Neoklassik, bilden.

Ferner sei kurz begründet, warum in diesem ersten heuristischen Anlauf alle anderen Parteien keine Berücksichtigung finden. Abgesehen von der Begrenztheit des Rahmens ist ins Feld zu führen, dass auf absehbare Zeit weder die FDP noch die Partei Die Linke oder die Neugründungen wie die AfD, ALFA oder die Piratenpartei in Regierungsverantwortung kommen werden und selbst als Oppositionsparteien keinen oder (wie Die Linke) kaum Einfluss auf die Regierungspolitik ausüben. Die politische Gestaltung der Bundesrepublik

¹³ Recht klar etwa bei der CSU: »Die mangelnden Chancen für viele Menschen in Deutschland sind nicht primär eine Konsequenz der Globalisierung [d. h. der Markt als solcher funktioniere; *H. S.*], sondern Folge von politischen Fehlsteuerungen. [die es zu reformieren gelte; *H. S.*] Eine Ursache ist der falsche Glaube an den allzuständigen ›Vater Staat‹.« (CSU 2007, 18)

liegt vor allem – abgesehen von den Institutionen, von denen hier nicht die Rede sein wird – in den Händen einer formellen, zeitweise informellen Großen Koalition aus C-Parteien und Sozialdemokratie mit einem wachsenden Einfluss der Grünen, was näher betrachtet bedeutet: Einfluss des sogenannten Realo-Flügels innerhalb der Partei, die die in Agonie befindliche FDP an den Wahlurnen beerbt und gleichzeitig den Topos des Wirtschaftsliberalismus in neuem, gewissermaßen green-washed, Gewand erscheinen lässt. Schwebte einer Fraktion des historischen neoliberalen Lagers durchaus ernstgemeint die Entwicklung der Demokratie wider die Schrecken des Manchester-Kapitalismus vor, findet sich bei Exponenten des Realo-Flügels dieser Wille zur Vereinbarkeit des möglicherweise Unvereinbaren auf die Entwicklung eines »nachhaltigen« Kapitalismus bezogen. Das liest sich mit Blick auf die laufenden CETA- und TTIP-Verhandlungen auf der Webseite des Grünen-Bundestagsabgeordneten Dieter Janecek in Sowohl-als-auch-Formeln wie diesen:

»Doch genauso ist es notwendig, jetzt die Diskussion über eine positive und nachhaltige Vision von Freihandel zu führen. Fairer Wettbewerb im Sinne einer zukunftsfähigen Ökonomie – das würde Wohlstand für alle bedeuten und den Klimaschutz voranbringen.« (Janacek 2015, o. S.)

Weiter ist bei der Auslotung der neoliberalen Gewässer zu beachten, dass der Begriff derart unpopulär ist, dass keine Partei sich positiv auf ihn bezieht – außer der einstmalige Wunschkandidat der Grünen, Bundespräsident Joachim Gauck, der in seiner Rede zum 60jährigen Bestehen des Walter-Eucken-Instituts in Freiburg die modernistischen Aspekte des Neoliberalismus lobte, auf die sich alle hier behandelten Parteien insgeheim in ihren Programmatiken beziehen:

»Er [Eucken] entwirft eine Ordnung, in der der Staat so viel wie irgend möglich dem freien Spiel des Wettbewerbs überlässt – aber keinesfalls das Setzen der Regeln selbst. Eine Ordnung, die den Einzelnen weder einer staatlichen Bevormundung unterwirft noch einem Markt, auf dem die Starken so groß werden können, dass sie selbst die Regeln bestimmen. [...] Wer dies im Hinterkopf hat, kann es übrigens nur höchst merkwürdig finden, dass der Begriff ›neoliberal‹ heute so negativ besetzt ist. Schließlich wandten sich Eucken und seine Mitstreiter selbst als sogenannte ›Neoliberale‹ genau gegen dieses reine ›Laissez-faire‹, das dem Neoliberalismus heute so häufig unterstellt wird. [...] Für manche ist schon die Notwendigkeit, das eigene Leben frei zu gestalten, mehr Zumutung als Glück. Freiheit, sie hat nicht nur die schöne, die Chancen eröffnende Seite. Sie löst auch aus Bindungen, sie weckt Unsicherheit und Ängste. Immer ist der Beginn von Freiheit von machtvollen Ängsten begleitet. So klingt das Wort ›Freiheit‹ bedrohlich für jemanden, der sich nicht nach

Offenheit, sondern nach Überschaubarkeit sehnt.« (Bundespräsidialamt 2014, 3-5)

Und mochten Vertreter der Grünen in diesem Zusammenhang ihren Präsidenten medienwirksam dafür kritisieren, es hielt den grünen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann nicht davon ab, in der 13. Walter-Eucken-Vorlesung am 24. Juli 2014 zum »Verhältnis von Staat, Markt und Bürgergesellschaft« das Lob des Ordoliberalismus als Blaupause der ökologischen sozialen Marktwirtschaft vorzutragen:

»Die Krisenintervention muss Hilfe zur Selbsthilfe bleiben und darf nicht zum neuen Normalfall der Politik werden. Sonst ermatten die Kräfte der Selbstorganisation – dies wäre alles andere als nachhaltig, denn es führt nicht in Richtung Stabilität und Balance, sondern zu einem Sturz in Bodenlose [...]. Wir müssen den ökologischen Ordnungsrahmen scharf stellen. [...] Und dass das ein ökonomischer Erfolg wird, ist das Entscheidendste [sic!].«
(Staatsministerium Baden-Württemberg 2014)

Wenn auch mit unterschiedlicher Nuancierung und teils indirekt zeigen sich beim Blick in die aktuellen Grundsatzprogramme bei allen Parteien gewisse Übereinstimmungen in der Semantik, was die o. g. vier Dimensionen betrifft. Das deutlich klarste neoliberale Setting präsentieren hier erwartungsgemäß die C-Parteien. Bei SPD und Grünen fällt bei aller Gleichberechtigungs- und Emanzipationsrhetorik auf, dass der Staat den Einzelnen als eine Art Schiedsrichter in Sachen Chancengleichheit gegenübertritt – das Spiel läuft dann doch auf dem Markt ab. Insbesondere im letzten Programm der SPD wird diese schützende Schiedsrichter-Rolle besonders häufig betont, jedoch ohne damit eine tiefere Analyse des Kapitalismus und entsprechende Schlussfolgerungen zu verbinden. Damit wird implizit unterstellt, dass letztlich die Chancenverwertung über die soziale Sicherheit entscheidet bzw. hoher sozialer Status etc. nicht darauf beruht, dass notwendigerweise viele für den Reichtum weniger arbeiten müssen, sondern Wirtschaft ein Füllhorn darstellt, aus dem jeder schöpfen kann, der willig und geschickt genug ist. Letztlich muss der bedingende Zusammenhang von Armut und Reichtum opak bleiben, was indirekt Rückschlüsse auf die zugrunde liegende Wirtschaftstheorie zulässt. Zusammen mit den fast überall ausgesprochenen Zielen der Vollbeschäftigung und des Wachstums wird dies umso deutlicher:

»Qualitatives Wachstum setzt eine wettbewerbsfähige Volkswirtschaft mit hoher Produktivität und Wertschöpfung voraus. Sie schaffen die Grundlagen dafür, Armut, Ausbeutung und Verschwendung natürlicher Ressourcen ein Ende zu machen.« (SPD 2007, 42)

Und:

»Wir stehen für die ökologische Modernisierung der Wirtschaft. Ökologie eröffnet ein wichtiges Wachstumsfeld. Das bedeutet mehr als ökologisch-technische Innovation. Wir wollen, dass sich unsere Gesellschaft auf langfristige Ziele für eine Wirtschaftspolitik verständigt, die dem Markt klare ökologische Rahmenbedingungen setzt.« (B90/Grüne 2002, 44-45)

Umgekehrt verweist diese Unabdingbarkeit des Wachstumsgedankens, dem zuweilen durch die Beschwörung des »qualitativen Wachstums« abgeholfen werden soll, auf die erwähnte Vorrangigkeit nicht allein neoklassischer Denkmuster. Da freilich die Ausbildung von Ökonomen hierzulande in der Hauptsache »orthodox« neoklassisch, nicht »heterodox« (Keynes, Institutionenökonomik, Arbeitswerttheorie) verläuft, kann von den Expertengruppen der Programmredaktionen auch nicht mehr erwartet werden. Parteiübergreifend wird der Markt als Distributionsmechanismus bejaht, die objektive Tatsache der Produktivitätssteigerung für eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums an keiner Stelle in Betracht gezogen und dementsprechend die globale Konkurrenz um Möglichkeiten der Profitrealisierung (=Märkte) zur »Herausforderung«, »Chance« etc., die es anzunehmen gilt, um den Mechanismus »Teilhabe qua Arbeit« fortschreiben zu können.

Die Christdemokratische Partei:

»Gerechte Chancen zu schaffen, ist die notwendige Ergänzung der Gleichheit vor dem Recht. Jeder soll die gleiche Möglichkeit haben, sich in Freiheit so zu entfalten, wie es seinen persönlichen Fähigkeiten entspricht. Wir setzen uns dafür ein, dass jeder Mensch seine Lebenschancen frei und verantwortlich wahrnehmen kann. Dafür bietet die Chancengesellschaft die Voraussetzungen und Möglichkeiten. Sie wächst auf dem Boden möglichst gerecht verteilter Lebenschancen. [...] Wir wollen gleiche Chancen eröffnen, nicht gleiche Ergebnisse versprechen.« (CDU 2007, 9-10)

Bündnis 90/Die Grünen:

»Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Menschen eine Chance haben ihr Leben selbst zu gestalten – frei von Bevormundung. [...] Den Begriff der Freiheit überlassen wir nicht jenen, die ihn mit Vorliebe verengen auf reine Marktfreiheit, die Freiheit des Ellenbogens. Freiheit ist die Chance zur Emanzipation und Selbstbestimmung über soziale und ethnische Grenzen oder Unterschiede der Geschlechter hinweg.« (B90/Grüne 2002, 11)

»Wir bejahen einen Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte, der nicht zu Lasten

der jeweiligen Sozialsysteme und der Umwelt geht.« (B90/Grüne 2002, 60)

»Zugangsgerechtigkeit und faire Chancen für alle, die Arbeit suchen, ist eine zentrale Aufgabe bündnisgrüner Arbeitsmarktpolitik. [...] Uns kommt es darauf an, in der Arbeitsmarktpolitik einen neuen Weg zu öffnen, der Flexibilisierung und soziale Sicherung verbindet und so zu differenzierten und effektiven Lösungen kommt. Nur so haben wir eine Chance, auch strukturelle Arbeitslosigkeit abzubauen und bei den Betroffenen den Mut und die Fähigkeit zur Veränderung zu erhöhen« (B90/Grüne 2002, 68-69)

Die Sozialdemokraten:

»Wir entwickeln den vorsorgenden Sozialstaat, der Armut bekämpft, den Menschen gleiche Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben eröffnet, gerechte Teilhabe gewährleistet und die großen Lebensrisiken verlässlich absichert.« (SPD 2007, 5-6)

»Einkommen und Vermögen sind in Deutschland ungerecht verteilt. Sozialdemokratische Steuerpolitik soll Ungleichheit begrenzen und gleiche Chancen fördern.« (SPD 2007, 43)

»Der Sozialstaat hat Millionen von Menschen aus den Zwängen ihrer Herkunft befreit, vor Härten des Marktes geschützt und ihnen Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben eröffnet.« (SPD 2007, 55-56)

Ein weiteres Merkmal dieser offen bis verdeckt affirmativen Haltung gegenüber dem globalen neoliberalen Status quo mehr oder weniger entfesselter Märkte ist die Beschwörung der Bildung, die sich mit dem Stichwort »Chance« in ein Mantra verwandelt.

Die Sozialdemokraten:

»Nur wer Chancen hat, wird sich anstrengen. Um dieses Versprechen von Sicherheit und Aufstieg in unserer Zeit zu erneuern, entwickeln wir den Sozialstaat weiter zum vorsorgenden Sozialstaat. [...] Der vorsorgende Sozialstaat begreift Bildung als zentrales Element der Sozialpolitik.« (SPD 2007, 56)

Bündnis 90/ Die Grünen

»Die Erneuerung unseres Bildungssystems, von den Kindertagesstätten, den Schulen bis zu den Hochschulen und den Weiterbildungsinstitutionen, ist deshalb eine Schlüsselfrage für Chancengerechtigkeit in der Zukunft [...]. Vorschulische Bildung leistet einen wichtigen Beitrag zum sozialen

Chancenausgleich.« (B90/Grüne 2002, 93)

Die Christdemokraten:

»Die Schlüssel für bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt liegen insbesondere in gleichen Bildungschancen und lebenslangem Lernen.« (CDU 2007, 3)

»Bildung ist der Schlüssel für individuelle Lebenschancen [...]. Nur bessere Bildung für mehr Menschen wird Wohlstand nachhaltig sichern. [...] Die soziale Herkunft von Menschen darf nicht über ihre Zukunft entscheiden. Aufstieg durch Bildung, so lautet unser gesellschaftspolitisches Ziel. [...] Armut beginnt allzu oft als Bildungsarmut. Die Teilhabe aller an Bildung und Ausbildung ist ein Gebot der Chancengerechtigkeit.« (CDU 2007, 31-32)

In allen Programmen findet sich die neoklassische Idee des Humankapitals vollends repräsentiert, wird das Verhältnis von Bildung und Arbeits-, das bedeutet: Einkommens-Chancen betrachtet. Freilich haben statistische Vergleiche auf Länderebene (Le, Gibson und Oxley 2005, 6-7) gezeigt, dass Investition in Bildung, so richtig sie aus anderen Gründen ist, keineswegs in den versprochenen gesamtgesellschaftlich anschwellenden »stream of income« (Becker 1964) resultiert. Besonders vor dem Hintergrund des wiederholt von verschiedenen Seiten angeprangerten Zusammenhangs von sozialer Herkunft, Bildung und Armut in Deutschland, liest sich eine solche Aussage, dass Armut oft mit Bildungsarmut beginne (CDU), wie eine Parodie. Bereits die im Jahr 2006 durchgeführte »Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung« (IGLU) zeigte, dass die durchschnittliche Leseleistung am Ende der Grundschulzeit zwischen Kindern in Armut und allen anderen um 60 Punkte abweicht, was etwa einem Schuljahr entsprechen kann. Selbst bei gleichen kognitiven Fähigkeiten und Lesekompetenzen erhalten arme Kinder seltener die Empfehlung zum Besuch eines Gymnasiums. Die PISA-Studie aus dem gleichen Jahr bestätigte diesen Zusammenhang für die Sekundarstufe. Deutschland gehört bis heute zur Spitzengruppe der Länder, in denen Armut durch das Bildungssystem weiter vertieft wird. Selbst aus der Bertelsmann-Studie 2011 zu der Frage, wo Deutschland in dieser Hinsicht im OECD-Vergleich steht, geht hervor, dass der

»Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen [...] stark mit ihrem jeweiligen sozioökonomischen Hintergrund zusammen [hängt]. Die Wahrscheinlichkeit, dass Kinder aus einem sozial schwachen Umfeld durch Bildung befähigt werden, am gesellschaftlichen Wohlstand teilzuhaben, ist in Deutschland geringer als in vielen anderen OECD-Staaten.« (Bertelsmann 2011, 6)

Damit wird fraglich, welche Substanz die Parole der Chancengleichheit hat. Es ist zu

bezweifeln, dass das dem in den Programmen adressierte Wahlvolk nicht auffällt. Insofern ist politische Partizipation und politisches Engagement schwerlich auf den Idealismus und festen Glauben an eine gerechtere Zukunft zu gründen, weil die Kluft zwischen dem politischen Mainstream der letzten Jahrzehnte und den variierenden Programmatiken, die mal die Solidität des Sparens, die Eigenverantwortung, mal das Soziale mehr betonen, zu groß ist, um beim Souverän, dem Wahlvolk, noch Illusionen zu erzeugen.

Politisches Angebot und Nachfrage in der Simulativen Demokratie

Eine etwas anders gelagerte Diagnose liefert der systemtheoretisch geschulte Ingolfur Blühdorn 2013 mit seiner These der nicht-nachhaltigen, dritten Moderne, deren Demokratiemodus der einer Simulation von Partizipation unter dem Primat systemischer Imperative sei. Blühdorns Modell beschreibt einen Wandel der Demokratie bzw. des Selbstverständnisses des Souveräns im Sinne eines mündigen, an demokratischen Werten orientierten Bürgers, der im Mindesten politische Teilhabe (Wahlbeteiligung) praktiziert. Besonders die Erfahrungen mit den Emanzipationsversuchen und Bewegungen (zweite Moderne) wider die Erstarrungen des Industriezeitalters (erste Moderne) bilden den Bezugspunkt seiner Diagnose. Der im von Blühdorn favorisierten starken Sinne »postdemokratische« Übergang von der zweiten zur dritten Moderne schließlich beruhe auf einer Ablösung der Subjektzentrierung durch die Vorherrschaft des Systemischen. (Blühdorn 2013, 51) Die allmähliche Durchsetzung vermeintlich alternativloser systemischer Imperative begründe sich vor allem in der Überforderung des Subjekts hinsichtlich der einstmals gewünschten repräsentationskritischen Mitbestimmung in allen gesellschaftlichen Bereichen. Radikale gesellschaftliche Selbstbestimmung in basisdemokratischen Prozessen koste zu viel Kraft und übersteige die Entscheidungskompetenz des Einzelnen. Pointiert formuliert: Über den Zwischenschritt der deliberativen Demokratietheorien habe sich gewissermaßen durch die Hintertür eine veränderte Struktur der Repräsentation eingeschlichen, die die Macht zu realen Veränderungsprozessen eher den Institutionen als den politischen Parteien zumisst. Soweit deckt sich Blühdorns Diagnose mit der bspw. von Crouch, Wolin, Schaal und Ritzi (auch etwa Rançière und Raulet in der französischen Diskussion). Allerdings wendet sich Blühdorn explizit gegen die inhärente These der Erosion und setzt dieser die These eines veränderten Demokratieverständnisses entgegen. Sein Argument funktioniert folgendermaßen: Die Folgegenerationen der bürgerbewegten 1960er Jahre haben die idealistischen Ansprüche und vor allem die Betonung des Wertes des Individualismus gewissermaßen mit der Muttermilch aufgesogen, wachsen aber in einer Epoche auf, in der Individualität eben nicht mehr gegen Konformitätsdruck verteidigt werden muss. Im

Gegenteil, die Einzigartigkeit des Subjekts wird geradezu als ein marktgängiger Wert gefordert, denn der Kauf des entsprechenden Zubehörs stellt einen wichtigen Teil der Profitrealisierung dar. Die Selbstwahrnehmung des Subjekts in der dritten Moderne sei von den Prothesen und Pharmaka abhängig, deren Zugänglichkeit die Marktteilnahme regelt; deshalb genieße die Gewährleistung funktionierender Märkte Vorrang.

»Jenseits aller Bekenntnisse zu Postmaterialismus und alternativem Hedonismus bleibt die Stimulation der Kauflust der oberste Imperativ jeder Regierung. Und je mehr ihre konsumorientierten Lebensstile bedroht erscheinen, desto entschiedener verfolgen die Bürger die vom Markt bereitgehaltenen Selbstverwirklichungsoptionen.« (Blühdorn 2013, 132)

Ausdrücklich gegen den Demokratiepessimismus oder -alarmismus anderer theoretischer Positionen (schließlich doch explizit wider Crouchs Fassung von Postdemokratie) beschreibt Blühdorn den Wandel des Demokratieverständnisses, in dem sich Bürger durchaus engagieren – aber eben punktuell, kurzzeitig und stärker an Partikularinteressen orientiert. Als systemisches Moment kommen dem obendrein Bürgerbeteiligungsverfahren entgegen, die diesen Willen zum zeitweiligen, lokalen Engagement als Ressource zur Entlastung wie Legitimierung der Verwaltungen zu nutzen verstünden.¹⁴ Parteien werden in diesem Selbstverständnis von Souveränität zunehmend als eine Art weltanschauliche Dienstleister begriffen. Die Rolle dieser »Politikprovider« bestehe demnach darin, alles, was zu komplex für die individualisierte Selbstverantwortung sei, zu managen; damit reduziere sich die Komplexität durch Entpolitisierung und Delegation von Entscheidungsmacht, alles unter der Referenznorm der ökonomischen Effizienz (Blühdorn 2013, 157). Das parteipolitische Geschehen sei damit in der subjektiven Wahrnehmung und Erwartungshaltung nicht nur abstrakt den je persönlichen ökonomischen Vorteilen unterstellt, sondern einem bestimmten Typ von Ökonomie, dessen Alternativlosigkeit über Jahrzehnte gepredigt wurde.

Im Rahmen dieser Argumentation zur spezifischen Entpolitisierung ließe sich zumindest erklären, wie sich der Druck ausbildet, unter dem sich die Parteiprogramme in ihren Kernbereichen einander zum Verwechseln gleichen (einzelne traditionelle »buzz words« einmal ausgeschlossen). Unter der Prämisse veränderter Subjektbildungsprozesse zieht Blühdorn folgende Schlüsse:

»Für die Demokratie bedeutet dieser ›Zusammenbruch des Mythos Subjekt‹, dass ihr gewissermaßen der Boden wegbricht. [...] Denn bezogen auf die Repräsentation zum Beispiel könnte man überspitzt sagen, dass nach der Verflüssigung und Verflüchtigung des identitären Subjekts letztlich gar nichts

¹⁴ Es soll dahingestellt bleiben, ob etwa der Ausgang des Prozesses rund um das Projekt Stuttgart 21 tatsächlich Legitimation durch das interessierte Publikum erfahren hat.

Greifbares und Stabiles mehr da ist, was im traditionellen Sinne des Wortes repräsentiert werden könnte. Insgesamt wird es für demokratische Institutionen [...] immer schwieriger, die zunehmend fragmentierte und dynamisierte Identität (Werte und Interessen) moderner Bürger abzubilden, und entsprechend werden sie umgekehrt für moderne Bürger immer weniger attraktiv.« (Blühdorn 2013, 134-135)

Entgegen den zunächst plausibel erscheinenden Diagnosen Blühdorns wird im Folgenden das Feld der Beschreibungen in drei Schritten wieder erweitert. Erstens ist es eine methodische Schwäche der selbst verordneten deskriptiv-systemtheoretischen Methode, einerseits Abstand zur Motivationsforschung zu halten, andererseits umso deutlicher Motivationen zu unterstellen. Die Feststellung, dass die Ökonomie das gesellschaftliche Leben im Griff hat, reicht nicht hin, um die Bildung von Subjektivität zu ergründen. Dass der Mensch zu diesen oder jenen Verrenkungen gezwungen ist, sagt nichts darüber aus, wie der exogene Zwang –systemtheoretisch argumentiert – endogen »codiert« wird. Vor allem wird unterstellt, dass derlei gelinge und in den beschriebenen postdemokratischen Subjektivitäten münde, deren vordringliches Kennzeichen die Konsumorientierung und der Unwille zu komplexen Partizipationsprozessen ist. Möglicherweise – eine Gegenthese – sind es vielmehr die politischen Parteien, die postdemokratisch den Zwang nicht verstandener ökonomischer Imperative exekutieren und den Wähler mittlerweile ratlos zurückgelassen haben. In diesem Zusammenhang wäre wiederum die Entmachtung des Volkes als politischer Souverän durch die zunehmende Einflussnahme von »pressure groups« (Crouch 2008, 46) bzw. die »Exekutivlastigkeit und Expertokratie« (Schaal und Ritzi 2012, 13-16) auf jeden Fall stärker ins Kalkül zu ziehen. Solches kann für das hier ausgebreitete Desiderat einer Messung neoliberaler Einstellungen in der Breite der Bevölkerung aber nur eine untergeordnete Rolle spielen, weil das ein Thema für die Untersuchung der Einstellung von Eliten ist. Der Witz besteht ja gerade darin, dass Eliten sich mit der Verfolgung neoliberaler Politiken nicht im Selbstwiderspruch befinden, weil sie von diesen profitieren, während die Masse der abhängig Beschäftigten und erst recht die prekarierten Teile der Bevölkerung kaum in vollem Bewusstsein der Sachlage einem Programm folgen können, das ihre fortgesetzte Enteignung in ökonomischer wie politischer Hinsicht bedeutet.

Zweitens verdecken die Metaphern der »Verflüssigung« und »Verflüchtigung«, des fehlenden »Greifbaren« und »Stabilen« nur schlecht den Mangel, den die Abneigung gegenüber psychologischer Theoriebildung erzeugt. Wie sehr der Starrsinn inmitten der allgemeinen Flexibilisierungsforderungen freudige Urstände feiert, zeigt gerade die Zunahme irrationaler Bewegungen religiöser und rechtsradikaler Couleur – von

Identitätsflucht keine Spur.

Drittens stellt die Rede vom »modernen Bürger« offenkundig die Verallgemeinerung einer (in Gilles Deleuzes Sinn) Minorität dar, die sich als Trendsetter majoritär setzen mag (Deleuze 1993, 249); doch gerade der von Blühdorn richtig ins Feld geführte Primat der nicht-nachhaltigen, der kapitalistischen Ökonomie ruft zwangsläufig die Klassenfrage auf. Mit Recht darf also bezweifelt werden, dass die minoritäre Masse jener, die den gesellschaftlichen Reichtum erwirtschaftet, an Identitätsverflüssigung leidet. Dass sie sich wiederum kaum selbst als »Arbeiterklasse« begreift, ist – sofern das überhaupt zutrifft – jener Lücke geschuldet, die eine fehlende Selbstrepräsentation dieser Klasse hinterlassen hat. Alle Parteien sind Parteien eines Mittelschichts-Phantasmas, aber die einkommensbestimmte Mittelschicht ist technisch gesehen exklusiv, je mehr die herrschenden »ökonomischen Imperative«, die nichts als die Imperative der ökonomisch Herrschenden sind, von der verfassten Politik in die Tat umgesetzt werden.

Fazit

Eine systematische Erforschung, inwiefern der wahlberechtigte Bürger den neoliberalen Grundkonsens der politischen Kaste teilt, steht also aus. Jener Idee von Postdemokratisierung, im Zuge derer die Ideen »der liberal-repräsentativen Demokratie ergänzt oder ersetzt werden durch jene des Neoliberalismus« (Schaal und Ritzi 2012, 12), kann nicht zugestimmt werden, weil hierbei gewissermaßen der zweite vor dem ersten Schritt gemacht wird. Es ist überhaupt nicht klar, ob und wie die Propaganda des Neoliberalismus zum »Teil der Subjektivierungen der Bürgerinnen und Bürger und ihrer normativen Selbstbeschreibungen« (Schaal und Ritzi 2012, ebd.) geworden ist.

Die Indizienlage ist widersprüchlich und stützt das Bild identitätsflüchtiger Individuen nicht ohne weiteres. Selbst eine Betrachtung jener Kreise, die strukturell Dank ihrer Stellung im Produktionsprozess eher dem Feld der Elite zuzurechnen sind, förderte vermutlich kein eindeutiges Bekenntnis zutage: Kein Unternehmer, der gefragt wird, ob er staatliche Intervention in seinem Interesse gut findet (etwa Handelsprotektionismus gegen die preiswertere Konkurrenz aus Afrika), wird die Frage verneinen. Derselbe Unternehmer wird auf seine Verfügungsgewalt pochen, wenn der Gesetzgeber die Frage der innerbetrieblichen Demokratie aufs Tapet bringt. Erreichen Unternehmen eine gewisse Größe und Stellung innerhalb einer Branche, neigen sie zu Absprachen und Oligopolbildung – ein klarer Verstoß gegen das Wettbewerbsideal des Neoliberalismus, aber ökonomisch sehr vernünftig. Sind Unternehmer nun tendenziell eher dem neoliberalen Agenda Setting aufgeschlossen oder nicht? Spiegelbildlich zeigen repräsentative Befragungen seit Jahrzehnten, dass der Arbeitnehmer sich mehr und nicht

weniger politische Regulation wünscht, damit es gerechter zuginge.

Gegenüber dem menschlichen, allzu menschlichen Opportunismus wirkt jede Ideologie blass. Ein differenziertes Bild von den Möglichkeiten politischer Partizipation und Engagements ergäbe sich also erst, wenn die Forschung sich darüber Klarheit verschafft, ob der Souverän den neoliberalen Denkstil seiner politischen Repräsentanten tatsächlich mitvollzogen hat. Die Entwicklung eines entsprechenden Messinstruments der empirischen Politikforschung steht dazu noch aus. Die Identifizierung und Einbettung der ökonomietheoretischen Logiken dürfte dabei in theoretischer Hinsicht die größte Hürde darstellen, jene makrotheoretische Vakanz zu beseitigen, die sich eben nicht mit den Variationen der Postdemokratiethese füllen lässt. In einem Satz: Den Politikwissenschaften fehlt die Wiederaufnahme jenes Projekts einer Kritik der politischen Ökonomie.

Literatur

Adam, Konrad: 2006. »Wer soll wählen? Die Macht der Schwachen.« *Die Welt*, 16.10.2006. 31. Juli. <http://www.welt.de/print-welt/article159946/Wer-soll-waehlen.html>

Ders. 2000. »Den Sozialstaat resozialisieren!« *Die Welt*, 17.10.2000. 31. Juli. <http://www.welt.de/print-welt/article538798/Den-Sozialstaat-resozialisieren.html>

Arzheimer, Kai. 2002. *Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffes*. Wiesbaden.

Bündnis 90/Die Grünen. 2002. *Die Zukunft ist grün!* Berlin.

Becker, Gary. 1964. *Human Capital. A Theoretical and Empirical Analysis with Special reference to Education*. Chicago.

Bertelsmann-Stiftung. 2011. *Soziale Gerechtigkeit in der OECD – Wo steht Deutschland? Sustainable Governance Indicators 2011*. Gütersloh.

Blühdorn, Ingolfur. 2013. *Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende*. Frankfurt/Main.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. 2013. »Demografischer Wandel – Zukunftserwartungen junger Erwachsener« [bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de), 10. Juli. <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/Berliner-Demografie-Forum-Allensbach-Zusammenfassung,property=pdf,bereich=bmfsfj>,

sprache=de,rwb=true.pdf

Christlich Demokratische Union. 2007. *Freiheit und Sicherheit. Grundsätze für Deutschland*. Hannover.

Christlich-Soziale Union. 2007. *Chancen für alle! In Freiheit und Verantwortung gemeinsam Zukunft gestalten*. München.

Crouch, Colin. 2008. *Postdemokratie*. Frankfurt/Main.

Crouch, Colin. 2011. *Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus*. Frankfurt/Main.

Dahrendorf, Ralf. 1999. »Whatever happened to liberty?« *The New Statesman* 06. Juli. <http://www.newstatesman.com/199909060018>

Deleuze, Gilles. 1993. *Unterhandlungen*. Frankfurt/Main.

Downs, Anthony. 1957. »An Economic Theory of Political Action in a Democracy«. *The Journal of Political Economy* Vol. 65 No. 2: 135-150.

Erhard, Ludwig. 1964. *Wohlstand für alle*. Düsseldorf.

Fleck, Ludwik. 1935. *Entstehung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv*. Basel.

Foucault, Michel. 2006. *Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität*. Frankfurt/Main.

Bundespräsidialamt. 2014. *Bundespräsident Joachim Gauck bei der Festveranstaltung zum 60-jährigen Bestehen des Walter Eucken Instituts am 16. Januar 2014 in Freiburg*. Berlin.

Gigerenzer, Gerd. 2007. *Bauchentscheidungen: Die Intelligenz des Unbewussten und die Macht der Intuition*. München.

Haslinger, Franz. 1982. »Walras-Gesetz«. *Wirtschaftswissenschaftliches Studium* 11: 226-229.

von Hayek, Friedrich Alexander. 1954. »Marktwirtschaft und Wirtschaftspolitik«. *ORDO. Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft*: 3-17.

Hierlemann, Dominik und Sieberer, Ulrich. 2014. *Sichtbare Demokratie. Debatten und Fragestunden im Deutschen Bundestag*. Gütersloh.

Infratest Dimap. 2015. *ARD-Deutschlandtrend*. 8. August. http://www.infratest-dimap.de/fileadmin/user_upload/dt1507_bericht.pdf

Institut Arbeit und Qualifikation Universität Duisburg-Essen. 2015. »Erwerbstätige

Arbeitslosengeld II-Empfänger 2007 – 2014«. *Sozialpolitik aktuell*. 8. August. http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Arbeitsmarkt/Datensammlung/PDF-Dateien/abbIV81b.pdf

Janecek, Dieter. 2014. »Freien Handel den wir brauchen« 30. Juli. <http://www.dieterjanecek.de/de/article/72.freien-handel-den-wir-brauchen.html>

Jevons, William. 1871. *The Theory of Political Economy*. London.

Le, Trinh, Gibson, John und Oxley, Les. 2005. »Measures of Human Capital: A Review of the Literature« *New Zealand Treasury Working Paper* 05/10.

Lieber, Christoph. 2007. »Gouvernementalität und Neoliberalismus bei Foucault« in *Kapitalismus reloaded. Kontroversen zu Imperialismus, Empire und Hegemonie* hrsg. von Giorgio Arrighi, Christina Kaindl, Christoph Lieber, Oliver Nachtwey, Rainer Rilling, Tobias ten Brink. Hamburg.

Lippmann, Walter. 1934 (Neuaufgabe 1992). *The Method of Freedom*. New Jersey/ New Brunswick.

Mankiw, N. Gregory. 1998. *Makroökonomik*. Stuttgart.

Mannheim, Karl. 1922 (Neuaufgabe 1980). *Strukturen des Denkens*. Frankfurt/Main.

Menger, Carl. 1871. *Grundsätze der Volkswirtschaftslehre*. Wien.

Miller, Peter und Nicolas Rose. 1995. »Production, identity, and democracy«. *Theory and Society* 24: 427-467

Neugebauer, Gero. 2007. *Politische Milieus in Deutschland*. Bonn.

Plehwe, Dieter und Bernhard Walpen. 2007. »Neoliberale Kollektive und ihr Denkstil« in *Kapitalismus reloaded. Kontroversen zu Imperialismus, Empire und Hegemonie* hrsg. von Giorgio Arrighi, Christina Kaindl, Christoph Lieber, Oliver Nachtwey, Rainer Rilling, Tobias ten Brink. Hamburg.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands. 2007.

Schaal, Gary S. und Ritzi, Claudia. 2012. *Neoliberalismus und Postdemokratie. Bausteine einer kritischen Gesellschaftstheorie*. Hamburg, Leipzig.

Streek, Wolfgang. 2011. »The Crisis of Democratic Capitalism«. *New Left Review* 71: 5-29.

Stützel, Wolfgang. (Hrsg.). 1981. *Grundtexte zur Sozialen Marktwirtschaft. Zeugnisse aus 200 Jahren ordnungspolitischer Diskussion*. Stuttgart

Ruhl, Klaus-Jörg. (Hrsg.). 1982. *Neubeginn und Restauration*. München.

Staatsministerium Baden-Württemberg. 2014. Staat, Markt und Bürgergesellschaft. 13. Walter-Eucken-Vorlesung, 24. Juli. <http://stm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/staat-markt-und-buergergesellschaft/?type=98&cHash=da355b39cf7a8adfd8cbf2719b1005e8&print=1>

Vaubel, Roland. 2007. »Der Schutz der Leistungseliten in der Demokratie« 31. Juli. <http://wirtschaftlichefreiheit.de/wordpress/?p=17>

Walpen, Bernhard. 2004. *Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hegemoniethoretische Studie zur Mont Pèlerin Society*. Hamburg.

Walras, Léon. 1874. *Éléments d'économie pure ou théorie de la richesse sociale*. Lausanne.

DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online

UNIVERSITÄT
DUISBURG
ESSEN

Offen im Denken

ub | universitäts
bibliothek

Dieser Text wird über DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: 10.17185/duepublico/70127

URN: urn:nbn:de:hbz:464-20190509-165549-3

Alle Rechte vorbehalten.